Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3.40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 273 — Halver, Mittwoch,, 26. November 1952 — 1952

Dr. Friedensburg macht neue Vorschläge

Gesamtdeutsche Ausschüsse gefordert

Um die Stagnation zu überwinden — Gemeinsame Gremien für Wirtschaft und Verkehr

dmt. Berlin, 25. November

Um der stagnierenden gesamtdeutschen Frage einen neuen Anstoß zu geben, hat der Berliner Bürgermeister Dr. Friedensburg, der Präsident des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, einen neuen Vorschlag ausgearbeitet, der angesichts der Aussichtslosigkeit einer völligen Lösung der deutschen Frage die Schaffung gesamtdeutscher Ausschüsse auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Verkehrs als Teillösung und Vorbereitung für eine Endlösung anregt.

Dr. Friedensburg hält zur Verwirklichung seiner Vorschläge eine Einladung an die westlichen und ostzonalen Instanzen von Berlin durch die Stadtverwaltung für zweckmäßig. Sollte sich diese aber zu einem solchen Schritt nicht entschließen können, so bleibe immer noch die Möglichkeit, daß sich einige angesehene Bürger finden, um die Vertreter beider Seiten zu einer Vorberatung unter dem Vorsitz eines möglichst unparteiischen Mannes zu bitten, meint Dr. Friedensburg.

Bei den vorgeschlagenen Ausschüssen müßte es sich nach Ansicht Friedensburgs um solche für den Interzonenhandel, für den Verkehr, für die Post, für die Rechtshilfe, für Wissenschaft und Kunst, für das Gesundheitswesen und für kirchliche Angelegenheiten handeln. Gegen die Einwände, daß solche Vorschläge sich auf dem Papier gut ausnehmen, aber erfahrungsgemäß bisher stets auf den schlechten Willen auf der anderen Seite gestoßen seien, macht Friedensburg geltend, es soltle wenigstens der Versuch gemacht werden, den Osten mit seinen sich überbietenden Einigkeitsbeteuerungen beim Wort zu nehmen.

In diesen Ausschüssen hätte der Osten kaum etwas zu riskieren, während ihm aus einer solchen gesamtdeutschen Tätigkeit andererseits praktische Vorteile erwachsen könnten. Eine Verschärfung und Beschleunigung der Bolschewisierungspolitik östlich der Werra hält Friedensburg nach einer Ratifizierung der Bonner Verträge für wahrscheinlich und eine Totallösung der gesamtdeutschen Frage bis auf weiteres für aussichtslos.

Nach unseren Informationen handelt es sich um einen privaten Schritt Friedensburgs, der nicht die Ansicht der CDU-Parteiführung zum Ausdruck bringt. Auf jeden Fall will Friedensburg der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß selbst ein bescheidener Erfolg „unermeßlich mehr wäre als das völlige Vakuum, wie es jetzt besteht". Mit dieser gutwilligen Politik würde, so bemerkt er, die Hoffnung von Millionen erfüllt werden.

Vertriebenengesetz nach einem Jahr fertig

Umsiedlung und Eingliederung — Drei Gruppen Ausweise

wl. Bonn, 25. November

Das Bundesvertriebenengesetz ist am Dienstag nach fast 12monatiger Beratung durch den Bundestagsausschuß für Heimatvertriebene verabschiedet worden. Es wird dem Bundestag so zeitig zugehen, daß es noch vor Weihnachten verabschiedet werden kann.

Das Gesetz unterscheidet zwischen Heimatvertriebenen, Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen, jedoch werden alle drei Personengruppen materiell gleich behandelt. Heimatvertriebene erhalten den Ausweis A, Vertriebene den Ausweis B und Sowjetzonenflüchtlinge den Ausweis C. Als Heimatvertriebener gilt, wer am 31. Dezember 1937 oder bereits vorher seinen Wohnsitz im Vertreibungsgebiet hatte.

Das Gesetz bringt Rahmenbestimmungen für die Durchführung der Umsiedlung, wonach die Bundesregierung alljährlich bis zum 1. September einen Umsiedlungs- und Finanzierungsplan vorlegen muß. Besonders eingehend wird im Gesetz die Eingliederung der vertriebenen Bauern und Landwirte geregelt, wofür in erster Linie auslaufende Höfe, Moor- und Oedland und Rodungsflächen in Betracht kommen. Die für die Ansiedlung zu gebenden Darlehen sollen im Einzelfalle 20 000 DM nicht übersteigen. Vorgesehen ist ferner ein Vorrang bei der Verpachtung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke.

Das Gesetz enthält weiter Vorschriften für die Zulassung zu Beruf und Gewerbe, zur Kassenpraxis, zur Eintragung in die Handwerksrolle und über die Förderung selbständiger Erwerbstätigkeit. Diejenigen, die bereits eine gesicherte Stellung erringen konnten, haben keinen Anspruch auf die Vergünstigung dieses Gesetzes.

Verhandlung über Gutachten am 9 Dez.

dpa. Karlsruhe, 25. November

Das Bundesverfassungsgericht wird am 9. 12. über das vom Bundespräsidenten beantragte Rechtsgutachten zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des EVG- und des Deutschlandvertrages verhandeln. Dieser Termin wurde am Dienstag festgesetzt, weil die ursprünglich auf die Zeit vom 26. bis 28. November festgesetzte Verhandlung auf Wunsch der Bundesregierung wegen der Erkrankung des Staatssekretärs Hallstein vertagt werden mußte.

Bund will mehr Geld von den Ländern

Kabinett beriet den Etat — Nothilfen für Beamte

wl. Bonn, 25. November

Das Bundeskabinett beriet am Dienstag in einer mehrstündigen Sitzung den 25-Milliarden-Haushalt für 1953, der noch in dieser Woche dem Parlament zugeleitet werden soll.

Schäffer will erneut mit der Forderung an die Länder herantreten, den Bundesanteil an Einkommen- und Körperschaftssteuer von derzeit 37 auf wenigstens 40 Prozent zu erhöhen, was die Länder bisher einhellig abgelehnt haben. Schäffer wird darauf hinweisen, daß eine großzügige Reform der Beamtenbesoldung auf Bundesebene, eine Steuerreform sowie die Senkung der Kaffee- und Teesteuern nur möglich ist, wenn die Länder auf einen weiteren Prozentsatz der Einkommensteuern verzichten, da der Bund über nennenswerte Finanzreserven nicht verfüge.

Wenn für die Besoldungserhöhung allein der Bundesbeamten (einschließlich Zoll, Bahn und Post) etwa 600 Millionen D-Mark jährlich zusätzlich benötigt werden, so beansprucht der Bund als Ausgleich hierfür drei bis vier Prozent der Einkommensteuer mit der Begründung, auch den Ländern komme der Zoll, Bahn- und Postdienst in vollem Maße zugute, so daß sie für eine Erhöhung der Besoldungssätze Opfer bringen müßten.

Daran, daß die Beamtenbesoldung grundsätzlich verbessert werden muß, zweifelt in Bundesregierung und Bundestag kein Mensch. Die Frage ist nur noch, ob Bund und Länder sich einigen werden, damit die erheblichen Mehrbelastungen nicht einseitig den Bund treffen.

Am Dienstag beschloß das Bundeskabinett auch Nothilfen für Beamte. Einzelheiten wurden nicht genannt, sollen aber am Mittwoch vor dem Bundestag bekanntgegeben werden. Auch das Wahlgesetz wurde beraten, das noch vor Weihnachten fertig werden soll.

Amt Blank: Saar wird militärisch ausgeklammert

. . . bis der politische Status feststeht — Franzosen sollen räumen

wl. Bonn, 25. November

„Das Saargebiet muß von französischen Truppen geräumt werden, sobald der europäische Verteidigungsvertrag in Kraft tritt", erklärte am Dienstag ein Vertreter des Amtes Blank vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages. Nach Inkrafttreten des Vertrages dürften weder Deutschland noch Frankreich Truppen im Saargebiet stationieren, bis eine Einigung über das politische Schicksal des Gebietes erzielt worden sei. Saarländer dürften auch nicht von Frankreich zum Heeresdienst herangezogen werden.

Die Bundesrepublik sei im übrigen an der Stationierung von deutschen Kontingenten an der Saar schon deshalb uninteressiert, weil die ihr zustehenden 12 Divisionen über einen großen Verteidigungsgürtel zum Schutze des Bundesgebietes verteilt werden müßten, so daß für die Saar sowieso keine Truppen zur Verfügung stehen würden. Die Saar solle aber in das europäische Verteidigungssystem einbezogen werden, sobald ihr politischer Status feststehe.



DIE EINGEBILDETE KRANKE
Churchill: „Schluck nur — selbst auf die Gefahr hin, daß es dir hilft!"

UNO ohne Gott

Die diesjährige Vollversammlung der UNO tagt zum ersten Male in dem Prachtbau am Hudson, der wie eine riesige gläserne Wand gen Himmel ragt. Mit einem gewaltigen Aufwand an Geld wurde dieses Gebäude errichtet, das im Innern mit einem erlesenen Luxus ausgestattet ist.

Der große Plenarsitzungssaal gibt Raum für 636 Delegierte, 234 Journalisten und 800 Zuhörer. Eine der Wandmalereien im Sitzungssaal — ein Schrecken für alle diejenigen, die so rückständig sind, daß sie mit surrealistischer Kunst nichts anzufangen wissen — kostete allein Unsummen. Die technischen Einrichtungen stellen das Modernste dar, was es auf diesem Gebiete gibt. Klimaanlagen und Fernseh-Einrichtungen, Türen, die sich von selbst öffnen und schließen, das alles waren für die Erbauer dieses Kongreßgebäudes Selbstverständlichkeiten. Nur eines nicht: die Errichtung eines Gebetsraumes.

Man schuf zwar einen „Meditations-Raum", einen kleinen, bewußt einfach gehaltenen Saal, mit einigen bequemen Sesseln, die den von endlosen Propagandareden ermüdeten Delegierten die Möglichkeit einer inneren Entspannung geben sollen. Aber einen kirchlichen Andachtsraum, den immerhin einige Delegierte gewünscht hatten, bewilligte die Bauleitung nicht.

Auf eine diesbezügliche Anfrage kam die bezeichnende Antwort: „Das Fehlen von Geldmitteln hat die vorgesehene Fertigstellung eines solchen Gebetsraumes unmöglich gemacht." Dazu reichte es nicht mehr. Zwar gibt es in dem Gebäude 24 Waschräume, von denen ein einziger mehr kostet, als ein solcher Gebetsraum an Aufwendungen erfordert hätte. Aber wie gesagt: „Das Fehlen von Geldmitteln . . ."

Ob ein Veto der Sowjet-Delegierten diesen „Geldmangel" verursacht hat, wissen wir nicht. Wir wissen auch nicht, ob die „Streiter Christi", die vor 9 Jahren unter den Kanonen eines englischen Schlachtschiffes die Atlantik-Charta schufen, jene Keimzelle der UNO-Grundsätze, sich um diese Frage genügend bekümmert haben oder uninteressiert daneben standen? Wir können nur feststellen, daß man bei der UNO für Gott kein Geld hat. Man betet dort andere Götter an.

Wohin sie die Menschheit führen, das erkennen wir allerdings mehr und mehr mit erschreckender Deutlichkeit. (PvB)

In letzter Minute

Der Staatssekretär im Bundesernährungsministerium Dr. Sonnemann sprach sich vor dem Bundesverband deutscher Volks- und Betriebswirte in Bonn gegen eine freie Preisbildung auf dem Ernährungssektor aus. Bei dem gegenwärtigen Zustand des Weltmarktes und der Versorgungsmöglichkeiten aus der eigenen Erzeugung sei eine freie Preisbildung nicht möglich.

Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm erklärte vor Mitgliedern der Stuttgarter Industrie- und Handelskammer, die Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der zivilen Luftfahrt könnten mit der Ratifizierung des Deutschlandvertrages aufgenommen werden. Den Investitionsbedarf aller Verkehrszweige der Bundesrepublik bezifferte Dr. Seebohm auf 25 Milliarden Mark. Derartige Summen, fügte der Bundesverkehrsminister hinzu, könnten in naher Zukunft nicht aufgebracht werden.

Das Unterhaus begann am Dienstag die Debatte über die Entstaatlichung der Stahlindustrie, die von Versorgungsminister Sandys eingeleitet wurde. Im Oberhaus wurde der Plan erörtert, eine Reform, die von Premierminister Churchill angeregt wurde, einzuführen. Lord Samuel schlug vor, auch Frauen zuzulassen.

General Eisenhower ernannte den Vorsitzenden des republikanischen Nationalkomitees, Summerfield, zum künftigen Postminister. Er folgte damit einer alten amerikanischen Tradition, den höchsten Funktionär der siegreichen Partei mit dem Postministerium zu belohnen. Zur Leiterin des Schatzamtes wurde Mrs. Priest, zur Leiterin des Amtes für soziale Sicherheit Mrs. Hobby ernannt.

Ein amerikanischer Fliegerfeldwebel ist in Korea unter Spionageverdacht verhaftet worden. Er wird beschuldigt, versucht zu haben, streng geheime Angaben über ein neues Modell des amerikanischen „Sabre"-Düsenjägers an kommunistische Agenten in Korea zu verkaufen.

Die Sowjetzonen-Eisenbahndirektion hat am Dienstag die nördliche Strecke Karow—Birkenwerder der Umgehungsbahn um Westberlin in Betrieb genommen. Damit ist der auf Betreiben der Sowjetzonenregierung gebaute eingleisige Eisenbahnring fertiggestellt, der es ermöglicht, daß Sowjetzonenzüge die Berliner Westsektoren nicht mehr berühren. Der Südring wird bereits seit längerer Zeit benutzt.

Unter Zeitdruck

Dr. R. — Der Außenpolitische Ausschuß des Bundestages soll nach dem Willen der Koalitionsparteien bis zum Mittwoch Dauersitzungen abhalten, um bis zum Beginn der kommenden Woche seinen Bericht über die vom 3. bis 5. Dezember zur Debatte stehenden alliierten Verträge abschließen zu können. Der FDP-Abgeordnete Dr. Pfleiderer, der mit seinem Memorandum über die Verträge die schwersten Bedenken gegen eine Ratifizierung in der jetzigen Form vorgebracht hat, ist aus dem Ausschuß ausgetreten. Der Verteidigungsbeitrag, den die Bundesrepublik leisten soll, entspricht seiner Ansicht nach nicht den deutschen Notwendigkeiten. Er weiß, daß er viele Freunde hat, die seinen Bedenken Raum geben und seine Gewissensnot achten. Aber er weiß auch, daß die Ratifizierung der Verträge trotz vieler Einwände, wenn nicht alles trügt, Anfang Dezember erfolgen sollte, weil im Bundestag die Mehrheit hierfür zusammengetrommelt wird. Schon jetzt sind alle Abgeordneten der Regierungsparteien zum vollzähligen Erscheinen aufgefordert worden.

Je näher der Termin rückt, an dem sich das Parlament über die Lebensfrage für die junge deutsche Demokratie entscheiden soll, welche die Verträge auf jeden Fall bedeuten, desto verzweifelter fragen sich diejenigen, die sich mit der Eile nicht abfinden mögen, mit der hier gehandelt wird, ob wirklich alle Volksvertreter den ganzen Ernst der Lage begriffen und den Inhalt der Verträge in ihr Bewußtsein aufgenommen haben. Man kann sich vorstellen, daß viele MdBs, die bisher die Verträge noch nicht eingehend studiert haben, dem ursprünglich auf den 26. November in Karlsruhe festgesetzten Termin des Bundesverfassungsgerichtes vertrauen und glaubten, das höchste deutsche Gericht werde ein erschöpfendes Gutachten abgeben, wie ja auch der Sinn der Bitte des Bundespräsidenten war, sich ebenfalls von den Juristen beraten lassen zu wollen. Die Beschlußfassung des Bundestages ist nun auf Drängen der Regierung für Anfang Dezember in Aussicht genommen worden, obwohl Karlsruhe den Termin wegen der Erkrankung des als Sachverständigen angeforderten Staatssekretärs Hallstein auf unbestimmte Zeit vertagen mußte.

So sind wir auf die Lektüre ernstzunehmender ausländischer Juristen angewiesen, wenn wir etwas über die Rechtsgrundlagen der Verträge erfahren wollen, und es beruhigt viele politisch denkende Bundesrepublikaner durchaus nicht, daß angesehene amerikanische Völkerrecht-

Seite der Heimat

Halver, den 26. November 1952

Stille Stunde

Glänzt ein Lichtlein hier und da
in der dunklen Nacht.
Singt der Wind bald fern, bald nah,
hat ein Lied erdacht.

Singt es wieder, singt es leise,
und es kommt die stille Stunde
wo durch Nacht und Windesweise
fliegt das Käuzchen seine Runde.

Wolken hüllen ein die Sterne,
unterm hohen Himmel fliegen
die in ungeahnte Ferne.
Wälder tief im Schlafe liegen.

Glänzt ein Lichtlein hier und da
in der dunklen Nacht.
Wo du bist — bin ich dir nah.
Schlaf, mein Lieb. Gut' Nacht.

Richard Althaus

Halver

„Des Ostens Schmunzeln und Lachen"

Am kommenden Freitag, veranstaltet die Volkshochschule im Hotel zur Post einen Vortragsabend: „Des Ostens Schmunzeln und Lachen". Intendant Heinz Reinhardt, der sich im vorigen Jahr die Herzen der Jugend eroberte, will dieses Mal die Erwachsenen erfreuen. Geschichten und Gedichte von Will-Erich Peukert, Menzel-Willem, Gerhart Hauptmann, Dr. Fritz Wenzel, Robert Rößler u. a. werden ein Bild der ostdeutschen Heimat entfalten. So ist ein frohbeschwingter Abend verbürgt, und heiteres Lachen soll den Abend vergolden. Um auch jedem Vertriebenen und Flüchtling einen Abend des Frohsinns und des Lachens zu bescheren, ist für alle der Eintritt frei. Da wir alle den Frohsinn in dieser ernsten Zeit recht notwendig haben, wer alle eingeladen.

An der Gestaltung des Abends wird auch die Sing- und Spielschar der Ostdeutschen Jugend mitwirken.

Hochbehälter sind gefüllt

Das Bauvorhaben der Wasserversorgung aus der Jubach ist jetzt in ein neues Stadium getreten. Die beiden Hochbehälter auf der Karlshöhe sind jetzt aus der neuen Leitung mit Wasser gefüllt. Das Füllen erfolgte nur in den Nachtstunden und in jeder Nacht nahmen die Behälter etwa 70 Kubikmeter Wasser auf. Dadurch zog sich die Füllung über etwa eine Woche hin. Nunmehr soll die Abnahme und Ueberprüfung der Behälter auf ihre Dichtigkeit am kommenden Freitag erfolgen. An den Leitungen selbst sind alsdann noch einige Veränderungen auf Grund der angestellten Beobachtungen erforderlich.

Die gestrige erste Amtsvertretersitzung

Halvers neuer Amtsbürgermeister: Carl Turck-Löhbach

Mit 13 Stimmen gewählt - Stellvertreter: Schriever-Schalksmühle - Vereidigung und Wahl der Ausschüsse

Am gestrigen Nachmittag fanden sich im Halverschen Amtshaus die neu gewählten Vertreter des Amtes Halver zu ihrer ersten Sitzung ein. Das neue Amtsparlament setzt sich aus 2 Vertretern des BHE, 6 der CDU, 7 der FDP und 9 der SPD zusammen. Es zählt also insgesamt 24 Mitglieder.

Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung standen als wichtigste Punkte die Wahlen des neuen Amtsbürgermeisters, seines Stellvertreters und der verschiedenen Ausschüsse, sowie die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Kommunalwahlen vom 9. November ds. Js. Unter den Zuhörern befand sich auch eine Reihe von Schülern und Schülerinnen der Halverschen Volksschule.

Die Sitzung wurde von dem bisherigen Amtsbürgermeister Stamm mit begrüßenden Worten eröffnet. Alsdann schritt man, nachdem Vertreter Sauer die Erklärung abgegeben hatte, daß sich CDU und FDP zu einer einheitlichen Fraktion zusammengeschlossen hätten, zur Wahl des Amtsbürgermeisters, für die Alterspräsident Neuhaus den Vorsitz übernahm.

Die Wahl ergab 13 Stimmen für Carl Turck, Löhbach, 11 für den bisherigen Amtsbürgermeister Stamm, so daß damit der erstere zum neuen Amtsbürgermeister gewählt war. Zu seinem Stellvertreter wählte man Vertreter Hans Schriever, Schalksmühle, mit 16 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen.

Nachdem die Vertreter Sauer und Bremicker ihre Glückwünsche ausgesprochen hatten, dankte der neugewählte Amtsbürgermeister Turck für das in ihn gesetzte Vertrauen und versprach gleichzeitig, alle Kraft in den Dienst des Amtes zu setzen. Ueber alle Parteien hinweg wolle und werde man gemeinsam Sorge tragen, der Ordnung und Sauberkeit in der Verwaltung herrsche, und man werde seine Pflicht so tun, wie es die Wähler erwarteten. Dank sagte er alsdann dem scheidenden Amtsbürgermeister, der stets das Beste im Auge gehabt und seine ganze Kraft eingesetzt habe.

Anschließend wünschte auch Amtsdirektor Lohoff dem Neugewählten im Namen der Amtsverwaltung viel Glück für sein ebenso segens- wie opferreiches Amt. Auch er dankte dem bisherigen Bürgermeister Stamm.

Nach der feierlichen Vereidigung des stellvertretenden Amtsbürgermeisters und der neugewählten Amtsvertretung durch Amtsbürgermeister Turck, dessen eigene durch Alterspräsident Neuhaus vorausgegangen war, wurde die Wahl vom 9. November von der Vertretung für gültig erklärt. Die aufklärenden Einzelheiten hierzu hatte Amtsbürgermeister Turck gegeben.

Der weitere und letzte Punkt der Tagesordnung war die Wahl der Ausschüsse.

Für den Haupt- und Finanzausschuß nominierte die Fraktionsgemeinschaft der CDU/FDP die Vertreter Güllemann, Schriever, Clever-Oberbrügge, Lausberg, Turck und Sauer, die SPD die Vertreter Stamm, Bosse, Brüser und Bremicker, der BHE den Vertreter John, so daß sich dieser Ausschuß aus insgesamt 11 Mitgliedern zusammensetzt.

In den Rechnungsprüfungsausschuß wurden die Vertreter Hermann Lausberg, Löwen, Bremicker und John delegiert.

In den Forst- und Grundstücksausschuß berief man die Vertreter Neuhaus, Hermann Lausberg, Löwen und aus der Bevölkerung die Herren Wippermann und Friemann, Schalksmühle, von Seiten der Koalitionsgemeinschaft, von der SPD Hohage und Bremicker, vom BHE Alfred Turck.

Der neue Fürsorgeausschuß setzt sich aus 4 Vertretern der Koalitionsgemeinschaft, 3 der SPD und 1 des BHE zusammen. Ihm gehören die Mitglieder Syberg, Kudell, Clever-Oberbrügge und Güllemann-Schalksmühle für die Koalitionsgemeinschaft, Hohage-Schalksmühle, Brüninghaus und Brensing-Ehringhausen für die SPD, sowie Hoffmann für den BHE an. Hinzu kommen aus der Bevölkerung die Mitglieder Hermann Buschhaus, Georg Liesen, Walter Lemmert, Arthur Stremme-Schalksmühle, ferner Frau Lydia Bornefeld, Frau Durstewitz, Aug. Langenscheid und die Gemeindeschwestern.

Es folgten die Wahlen für den Haus-Waldfrieden-Ausschuß. Er setzt sich aus den Vertretern Carl Turck, Westermann, Brüninghaus, ferner aus Walter Köster, Elm-Schalksmühle, Lydia Bornefeld und Josef Hadwig zusammen.

Der neue Jugendamtsausschuß setzt sich aus 4 Vertretern der Koalitionsgemeinschaft, 2 der SPD und 1 des BHE zusammen. In ihn wurden gewählt: Syberg, Kudell, Schriever, Westermann, Brüser, Kückelhaus und Walinski, ferner aus der Bevölkerung Matthies, Swintkowiak, Schnippering, Trappmann, Hegemann und Helmut Herrmann.

Abschließend dankte Amtsbürgermeister Turck für die Einmütigkeit, die in dieser ersten Sitzung der neuen Amtsvertretung an den Tag gelegt wurde und drückte die Hoffnung aus, daß diese auch in Zukunft vorherrschen möge — zum Wohle der Allgemeinheit. **Dr. Weg-**

Auch eine Schul-Ausstellung

Wie jedes Jahr so veranstaltet die Realschule Halver auch diesmal eine Ausstellung, die am kommenden Samstag und Sonntag in einigen Schulräumen geöffnet ist. Es werden u. a. alle Arten von Handarbeiten, auch Webwaren, gezeigt. In einem Raum sind Mädchen an vier Webstühlen tätig. Weiter werden Bastelarbeiten in Papier und Holz wie Segelflugzeuge zu sehen sein. Eine besondere Ecke wird Zeichnungen und Photo-Amateurarbeiten der Schüler zeigen.

Ein Geburtstagsjubilar

Mit dem morgigen Donnerstag tritt Wilhelm Göbeler, Hagedornstraße, in den Kreis der Achtzigjährigen. Die Heimatzeitung wünscht dem Hochbetagten alles Gute auch fernerhin!

Dahlerbrück

Wie werden die Renten gezahlt?

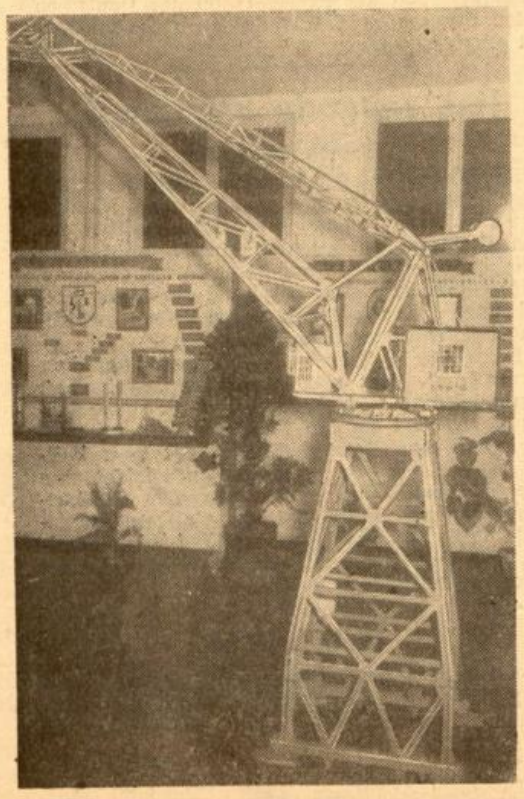
Beim Postamt Dahlerbrück werden die Versorgungs- und Angestelltenrenten am Sonnabend, dem 29. November, die Invaliden- und Unfallrenten am Montag, dem 1. Dezember, jeweils in den Vormittagsstunden gezahlt.

„Woche des Berufes"

Junge, was willst Du werden?

Arbeitsamts-Ausstellung zeigt der Jugend beruflich den Lebensweg

Es lag auf der Hand, daß das Arbeitsamt Lüdenscheid-Altena als Mittlerin zwischen Schule und Beruf mit seiner wichtigen Teilaufgabe „Berufsberatung" sich positiv, beratend und lenkend in die „Woche des Berufes" einschalten würde. Das ist auch in Form einer vom Landesarbeitsamt ins Leben gerufenen Wanderausstellung im Lüdenscheider Arbeitsamt geschehen, die schon deswegen ein sehr gutes Prädikat verdient, weil sie sehr übersichtlich ist, nur das Wichtigste in anziehender, einprägsamer Art bringt und örtliche Verhältnisse weitgehend berücksichtigt. Bewußt hat der Leiter der Abteilung Berufsberatung des Arbeitsamtes, Schürmann, als Ausstellungsleiter Berufe herausgestellt, die Nachwuchsmangel haben, aber doch sehr gute Lebensgrundlagen bieten.



Dieses Modell eines DEMAG-Baukrans ist u. a. in der Ausstellung des Arbeitsamtes zu sehen. (Foto: Breitbach)

Mehrere Tafeln erläutern die Tätigkeiten und Wege des Arbeitsamtes zur Erfüllung seiner Aufgabe als Berufsberater und -mittler für 190 männliche und 60 weibliche Lehr- und Anlernberufe. Dann folgen Tafeln, die keineswegs nüchtern und trocken wirken und von folgenden Berufen ein sehr anschauliches lebendiges Berufsbild geben: Graphisches Handwerk, Schmiede, Bauschlosser, Bäcker und Konditoren, Steinmetze, Maurer, Bauklempner, Vulkaniseure, Bau- und Möbelschreiner, Former, Drahtzieher, Friseure und Friseusen, Köche und Köchinnen, Putzmacherinnen, Gaststättenhelferinnen und Hausgehilfinnen aller Art. In einem Büroraum kann man einen Uhrmacher und einen weiblichen Goldschmied inmitten ihrer Berufspraxis beobachten.

Am Kopf jeder Tafel ist vermerkt, was der jeweilige Beruf an körperlichen und geistig-seelischen Veranlagungen von seinen eintretenden Lehrlingen fordert. Dann werden gute Photos aus der Berufstätigkeit, neuzeitliche Werkzeuge und fertige Werkstücke gezeigt, ferner die Ausbildungswege, Aufstiegsmöglichkeiten und berufliche Verästelungen.

Eine Tafel mit graphischen Darstellungen, die sehr zu denken gibt, ist die mit Gegenüberstellungen der im nächsten Jahrzehnt zu erwartenden ausscheidenden Berufstätigen (durch Tod oder Invalidität) und der voraussichtlich neueintretenden Lehrlinge. Danach kann im Augenblick die Nachfrage nach Lehrlingen befriedigend gedeckt werden, bis 1954 ist sogar ein Ueberangebot da, doch dann sinkt die Nachwuchskurve bis 1959 sehr steil (Kriegs- und Kapitulationsjahrgänge!!!), steigt dann aber wieder schnell an. Im Arbeitsamtsbezirk Lüdenscheid-Altena sind wir in einigen Jahren so weit, daß die Zahl der ausscheidenden Berufstätigen die der eintretenden weit übersteigt. Dieser drohenden Wirtschaftskatastrophe hat man hier schon durch Errichtung von drei Lehrlingsheimen zur Aufnahme von 170 auswärtigen Lehrlingen vorzubeugen versucht.

Ferner zeigt die Ausstellung noch Möglichkeiten zur beruflichen Umschulung, einen alten Lehrvertrag aus dem Jahre 1833, eine Drahtzögerwerkstatt und ein altes Hammerwerk (beide Modellbauten), einen Demag-Kran und einen Gittermast (ebenfalls Modelle).

Der Besuch der Ausstellung war bislang sehr gut, namentlich von Jugendlichen, für die sie ja auch zuvorderst eingerichtet ist. Aber auch für jeden anderen ist ein Gang durch diese Berufsschau gewinnbringend. **fb.**

